

Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz

**Steuerpolitisch Herausforderungen der Europäische Union im 21
Jahrhundert: Bekämpfung der Armut durch Umverteilung**

*Abstract für die Teilnahme am Kongress **Momentum08: Gerechtigkeit***

Track#1: Steuer- und Transfergerechtigkeit

Hallstatt (AUT)

25. bis 28. September

Linz, am 28. März 2008

Bernhard Prokop

Marienstraße 12/1

4020 Linz

bernhard.prokop@reflex.at

Steuerpolitisch Herausforderungen der Europäische Union im 21. Jahrhundert: Bekämpfung der Armut durch Umverteilung

Wir schreiben das Jahr 2008. In Europa klafft die Lücke zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander: JedeR 5 ist von Armut betroffen oder bedroht (Eurobarometer, 2007, S 60ff). Egal welche Statistik man zu rate zieht, das Ergebnis verändert sich nur marginal. Dabei ist es eine Tatsache, dass sich die EU aus den reichsten Ländern der Welt zusammensetzt. Somit gilt es folgende Problemstellung genauer zu betrachten: Warum gibt es diese Betroffenheit, und welche Mechanismen kann man verändern, um Armut aus der EU auf lange Sicht zu beseitigen? Welche Möglichkeiten stehen einer nationalistisch organisierten EU zur Verfügung, und wie kann einer der größten und reichsten Wirtschaftsräume der Welt - von einer gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt - auch wirtschaftspolitisch profitieren.

Versucht man an Hand von konkreten steuerpolitischen Änderungen eine Bilanz zu ziehen, wird man schnell auf eine Tatsache stoßen, die den realen Machtfaktor der Unternehmen (KapitalistInnen) gegenüber Armen und Armutsgefährdeten (ArbeiterInnen und Arbeitslosen) widerspiegelt: Umverteilungspolitik von unten nach oben nach dem Motto „wir nehmen es den Armen und geben es den Reichen“. Armutsbekämpfung sowie eine gemeinsame Sozialpolitik wird innerhalb der EU auf die lange Bank geschoben (Dräger, 2007, S 17f).

Die zentrale Problemgenese im Paper stellt der europäische Binnenmarkt dar. Die europäische Wirtschaftspolitik kann ganz nach dem lateinischen Sprichwort *abyssus abyssum invocat* betrachtet werden. Es passiert also ein Fehler und alle anderen ziehen nach. Der Fehler: Senkung der Unternehmenssteuer¹ (hauptsächlich Körperschaftssteuer, jedoch auch Bemessungsgrundlagen). Die Auswirkung: Alle Länder ziehen nach. Das Ergebnis: Steuerwettbewerb. Marterbauer sieht den Impuls für den Steuerwettbewerb vor allem durch die gewährleisteten Steuerbegünstigung der „neuen“ EU-Mitgliedsländer, die überwiegend Steuerbefreiungen für neu gegründete Unternehmungen gewährleisten (Marterbauer, 2006, S 140). Tabelle 1 soll den Erosionsprozess der Körperschaftssteuersätze innerhalb der EU-15 sowie den 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten aufzeigen.

¹ Setzt sich zusammen aus der Besteuerung des Ertrags, des Verbrauchs sowie aus der Besteuerung der Substanz. Viele Länder besteuern die Unternehmungen nur mit einer Ertragssteuer so genannte Körperschaftssteuer

Land	2001	2003	2005
Belgien	40,17 %	33,99 %	33,99 %
Dänemark	30 %	30 %	30 %
Deutschland	26,4 %	27,9 %	26,4 %
Finnland	29 %	29 %	26 %
Frankreich	35,4 %	35,4 %	35,4 %
Griechenland	35 %	35 %	35 %
Großbritannien	30 %	30 %	30 %
Irland	20 %	12,5 %	12,5 %
Italien	36 %	34 %	33 %
Luxemburg	30 %	22,88 %	22,88 %
Niederlande	35 %	34,5 %	34,5 %
Dänemark	30 %	30 %	30 %
Österreich	34 %	34 %	25 %
Portugal	32 %	30 %	30 %
Schweden	28 %	28 %	28 %
Spanien	35 %	35 %	35 %
EU-15 Durchschnitt	31,9 %	30,1 %	29,2 %
Estland	0 % / 26 %	0 % / 26 %	0 % / 24
Lettland	25 %	19 %	15 %
Litauen	24 %	15 %	15 %
Malta	35 %	35 %	35 %
Polen	28 %	27 %	19 %
Slowakei	29 %	25 %	19 %
Slowenien	25 %	25 %	25 %
Tschechien	31 %	31 %	31 %
Ungarn	18 %	18 %	16 %
Zypern	25 %	15 %	15 %
EU-10 Durchschnitt	26,6 %	21 %	18,5 %

Tabelle1

Verfolgt man die politische Debatte über die Körperschaftssteuersätze nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen EU-Mitgliedsländern, so geht hervor, dass diese eine besondere Rolle innehat. Trotz der Wichtigkeit und der oftmaligen Gegenüberstellung des nominellen Körperschaftssteuersatzes hinkt der Vergleich in den meisten Fällen. Die nominelle Steuerbelastung ist zwar ein wesentlicher Indikator, doch geht aufgrund der verschiedensten Gewinnermittlungsmöglichkeiten, den unterschiedlichsten Körperschaftsteuersystemen (Unternehmenssteuersysteme), sowie unzählige Bestimmungen über Kapitalertragssteuer und gewinnabhängiger Steuern und die Doppelbesteuerungsabkommen der jeweiligen Mitgliedsländer nicht die tatsächliche Abgabenbelastung der juristischen Personen hervor (Saringer, 2006, S 48). Die Bedeutung der Körperschaftsteuer für die Finanzierung eines Staates ist unumstritten. Aus diesem Grund ist es faktisch sogar noch viel wichtiger, extra maßgeschneiderte Begünstigungen für international agierende Unternehmungen und deren Auswirkungen auf die Volkswirtschaft zu verhindern und zu unterbinden (Saringer, 2006, S 53f).

Unter dem Deckmantel der *foreign direct investments* kurz *FDI*² wird ein steuerliches (aus Sicht der Unternehmens bzw. Körperschaftssteuer) Umfeld geschaffen, um Kapital anzuwerben. Das Locken des Kapitals und die Auswirkungen auf den Staat ist, durch die enge Verbindungen der Körperschaftssteuersätze, zentrale Kritik im Paper. Das Kapital stellt in der Volkswirtschaft implizit den Motor der so genannten Modernisierungswelle im Produktionsbereich dar. Nach Desai, A.M., Foley, C. und Hines, J.R. werden jedoch FDIs nur dann in Erwägung gezogen, wenn die Indikatoren der Märkte ein hohes Wachstumspotential und somit eine hohe Wachstumsrate versichern, andernfalls werden keine großen Investitionen die eine Volkswirtschaft verändern könnten getätigt (Desai, A.M., Foley, C., Hines, J.R., 2007, S 5ff). Unternehmensgewinne müssen daher in diesen Märkten überproportional schnell wachsen, was sich jedoch zu Lasten des Fiskus (verteilungspolitische Einschnitte) und somit zu Lasten der Bevölkerung auswirkt.

Natürlich spiegelt ein Steuerwettbewerb in der Europäischen Union die ideologischen Grundwerte vieler Regierungen wider. Der homo oeconomicus als Grundlage neoliberaler und konservativer Wirtschaftspolitik wird nach wie vor als unfehlbar, allwissend und nutzenmaximierend anerkannt. Daher ist es nur selbstverständlich, dass der Markt (Wettbewerb) als Regulator essentiell ist, und auch der Steuerwettbewerb daher ein wichtiges marktwirtschaftlich orientiertes Instrument darstellt. Abseits von neoklassischen Klischees ist die Steuerpolitik in der EU zu einem wesentlichen Faktor der Armutsbekämpfung - der jedoch nach wie vor negiert wird - aufgestiegen. (Hermann, 2007, S 32ff) Durch die Harmonisierung der Körperschaftssteuersätze sowie eine Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen, die Festlegung eines Mindeststeuersatzes sowie generell eine Abstimmung der Körperschaftssteuersätze würde zu Zusatzeinnahmen von zig Milliarden Euro führen. Diese Einnahmen würden zur Verfügung stehen, um die populistische und nationalistische Armutsbekämpfungspolitik endlich zu verdrängen, und auf einheitliche europäische Beine zu stellen.

Es ist nicht abzustreiten, dass in vielen europäischen Verträgen Sozialpolitik ein immer wichtigeres Thema spielt. In mehreren europäischen Verträgen geht es beim Thema Sozialpolitik nur um einen Aspekt der Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen

² Direktinvestition (engl. Foreign Direct Investment, FDI) bezeichnet man die finanzielle Beteiligung eines Investors (Direktinvestor, Muttergesellschaft) an einem Unternehmen in einem anderen Land (Direktinvestitionsunternehmen, Tochtergesellschaft), die meist dazu bestimmt ist, mögliche Markteintrittsbarrieren (bspw. Handelshemmnisse) zu umgehen und die (zudem) nach Art und Umfang dazu bestimmt ist, einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben.

(Hofbauer, 2007, S 39) der Mitgliedsländer um durch Wettbewerb eine Besserung zu erreichen. Hofbauer beschreibt diesen Prozess wie folgt:

[...] Differenzen in ausgewählten sozialpolitischen Feldern anzugleichen und darüber hinaus eine gewisse Konvergenz der europäischen Sozialmodelle nach oben anzustreben. (Hofbauer, 2007, S 39)

Der Abschluss des Beitrags - unter Berücksichtigung der diskutierten Themen - soll die Korrelation zwischen wirtschafts- und steuerpolitischen Änderungen und die damit verbundene Schaffung von Möglichkeiten zur Bekämpfung von Armut darstellen.

LITERATUR

Desai, A.M./ Foley, C./ Hines, J.R. (2007): Foreign Direct Investment and Domestic Economic Activity.

URL: [http:// www.econ.berkeley.edu/~obstfeld/281_sp07/foley.pdf](http://www.econ.berkeley.edu/~obstfeld/281_sp07/foley.pdf) (27. März 2008)

Dräger, Klaus (2007): Europäisches Sozialmodell, Wettbewerbsfähigkeit und die neoliberale „Modernisierung“. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Eurobarometer Spezial (2007): Sozial Wirklichkeit in Europa. Bericht.

URL: [http:// www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf) (20. März 2008)

Hermann, Christoph (2007): Neoliberalismus und die Europäische Union. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Hofbauer, Ines (2007): Das „Europäische Sozialmodell“ als transnationales Modernisierungs- und Legitimationskonzept. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Marterbauer, Markus (2007): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien: Paul Zsolnay Verlag

Saringer, Martin (2006): Herausforderungen an die Unternehmensbesteuerung in der EU. In Kurswechsel (Hrsg.): Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1. Wien: Sonderzahl Verlagsg.m.b.H.

Tabelle 1 setzt sich aus folgenden Quellen zusammen:

OECD (2007): PART II. Taxation of Corporate and Capital Income (2007)

[URL:http://www.oecd.org/document/60/0,2340,de_2649_37427_1942460_1_1_1_37427,00.html#table_I12](http://www.oecd.org/document/60/0,2340,de_2649_37427_1942460_1_1_1_37427,00.html#table_I12)

sowie aus folgender Quelle

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/steuerstatistiken/koerperschaftsteuer_statistik/publdetail?id=372&listid